

Leitantrag des MIT Landesvorstandes an den Mittelstandstag Schleswig-Holstein 2023

MIT Mut zur Veränderung!

Zehn konkrete Forderungen für eine dringend notwendige politische
Richtungsänderung.

1. Energiepolitik ideologiefrei gestalten!

Wir brauchen eine Energiepolitik in Deutschland, die klimafreundlich, nachhaltig sowie technologieoffen ist und dabei die Energiekosten auf einem international wettbewerbsfähigen Niveau hält. Dafür sind Steuern und Abgaben auf Energie auf das europäische Mindestniveau zu senken und ideologiefrei alle Inländischen Energiequellen zu nutzen, die dazu einen Beitrag leisten können. Neben erneuerbaren Energiequellen gehören dazu auch moderne modulare Atomkraftanlagen, sowie perspektivisch auch die innovative Kernfusion.

2. Bürokratieaufwand umgehend reduzieren!

Es bedarf dringend eines konkreten Schrittes zum Bürokratieabbau in den Unternehmen. Unsere ohnehin knappen Mitarbeiter müssen sich auf das Kerngeschäft des Betriebes fokussieren können. Dafür müssen die Schwellenwerte für das Berichts- und Statistikwesen und insbesondere für das umfangreiche Beauftragtenwesen dauerhaft verdoppelt werden.

3. Unternehmen finanziell Luft zum Atmen lassen!

Die Krisen der letzten drei Jahre haben die Finanzreserven vieler Unternehmen bis zur Existenzbedrohung erschöpft. Die Liquidität der Unternehmen muss deshalb dringend verbessert werden. Mittelfristig ist dafür das deutsche Umsatzbesteuerungsverfahren an das Verfahren im innereuropäischen Warenverkehr bzw. branchenunabhängig an das sog. „Reverse-Charge-Verfahren“ anzupassen. Übergangsweise sollen die Bemessungsgrenzen für die Umsatzsteuervoranmeldungen verdoppelt werden und auf Antrag bestehende Umsatzsteuerforderungen befristet gestundet werden können.

4. Krisenverschärfung durch staatliches Handeln verhindern!

In Zeiten von Rekordinflation und dramatischem Fachkräftemangel darf der Staat nicht als zusätzlicher Preistreiber und Ressourcenverbraucher wirken. Da wo rechtlich möglich und sachlich zumutbar, müssen Investitionen und Personalaufwuchs in Behörden und Ämtern zeitlich verschoben werden. Wir befinden uns in einer Angebotskrise und keiner Nachfragekrise!

33

5. Diskriminierung der dualen Ausbildung beseitigen!

34 Die Attraktivität des Handwerks und anderer dualer Ausbildungsgänge muss
35 dringend gesteigert werden. Dafür ist die finanzielle Benachteiligung der dualen
36 Ausbildung und der Meisterausbildung gegenüber der akademischen Ausbildung
37 umgehend abzubauen. Azubi- und Meister-Bafög müssen identisch zum
38 Studierenden-Bafög ausgestaltet werden und die finanzielle Pro-Kopf-
39 Ausstattung von Bildungseinrichtungen des zweiten Bildungsweges ist an die
40 Ausstattung von Regelschulen und Hochschulen anzupassen.

41

6. Kein Abitur für alle!

42 Inflationäre 1er Abiturnoten stehen Rekordzahlen an Studienabbrüchen
43 gegenüber. Das Abitur muss umgehend wieder eine
44 Hochschulzugangsbefähigung statt einer Hochschulzugangsberechtigung
45 werden. Dafür sollen die Hochschulen bundesweit geltende
46 Mindestanforderungen formulieren, die durch entsprechende
47 Leistungsnachweise und Prüfungen nachgewiesen werden müssen.

48

7. Gründungswilligkeit und -Fähigkeit junger Menschen fördern!

49 Je breiter das Wissen von Personen um wirtschaftliche Zusammenhänge und
50 Gesetzmäßigkeiten ist, desto potenziell erfolgreicher ist auch deren
51 Unternehmensgründung oder Betriebsübernahme. Allerdings besteht in der
52 Wissensvermittlung dieser Zusammenhänge ein erhebliches Defizit, das
53 dringend behoben werden muss. Dafür muss eine bessere Vernetzung zwischen
54 Regelschulen und regionalen Betrieben geschaffen, gefördert und
55 institutionalisiert werden.

56

8. Privatwirtschaft vor Staatsdienst!

57 In den letzten Jahren ist der nominelle Personalaufbau in der öffentlichen
58 Verwaltung dramatisch gestiegen. Grund hierfür sind im Wesentlichen neue
59 Vorschriften und eine politisch von allen Ebenen vorgegebene
60 Aufgabenausweitung. Gleichzeitig führt aber die unzureichende Digitalisierung
61 sowie die hohe Anzahl vakanter Dienstposten in Behörden und Ämtern dazu,
62 dass Verwaltungsleistungen teilweise nur schleppend oder unzureichend
63 erbracht werden. Wir brauchen deswegen eine deutliche Aufgabenübertragung
64 vom Staatsdienst an die Privatwirtschaft.

65

9. Rückkehr zu einer nachhaltigen Finanzpolitik!

66 Die Haushaltspolitik der „schwarzen Null“ und die im Grundgesetz verankerte
67 Schuldenbremse waren und sind Garant für Stabilität sowie einen
68 generationsgerechten Wohlstand und somit unabdingbar für eine solide und
69 nachhaltige Finanzpolitik. Deswegen darf es keinen weiteren Schuldenaufbau
70 geben. Die Richtigkeit einer temporären begrenzten Ausweitung der
71 Neuverschuldung in echten Krisen-Ausnahmesituationen darf nicht dazu
72 verleiten, dass Regierungen solche Krisen-Ausnahmesituationen eigenmächtig
73 feststellen können. Dafür sind rechtfertigende Ausnahmesituationen klar zu
74 definieren und in die Gesetzesregelung aufzunehmen. Sogenannte
75 Sondervermögen sind als Bestandteil des ordentlichen Haushalts auszuweisen
76 und damit zukünftig transparent als das zu kennzeichnen, was sie sind:
77 Staatsschulden!

78

10. Wer will und kann, der soll auch dürfen!

79 Der Arbeits- und Fachkräftemangel stellt für den Mittelstand eine der größten
80 Herausforderungen dar. Gleichzeitig führt die moderne Arbeitswelt dazu, dass
81 zukünftig sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fit und gesund in den
82 Ruhestand gehen. Eine erhebliche Anzahl von Berufstätigen wünscht sich eine
83 sinnstiftende berufliche Betätigung über das gesetzliche Rentenalter hinaus. Um
84 dieses dringend benötigte Potential zu heben, sind die politischen
85 Rahmenbedingungen und Anreize für eine freiwillige Beschäftigung im
86 Rentenalter zu verbessern.